WP-01-K3-265

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Malte Spitz (KV Unna)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 264 bis 268:
das ministerielle Weisungsrecht an Staatsanwält*innen transparent ausgestalten. Weisungen müssen frei von politischer Einflussnahme sein. Eine gute Justiz ~~muss~~sowie die öffentliche Verwaltung insgesamt müssen auch widerstandsfähig gegen Extremist*innen sein. Daher werden wir rechtsstaatliche Regelungen ergreifen, damit ~~die~~ Justiz und öffentliche Verwaltung vor Verfassungsfeind*innen geschützt ~~ist~~sind.

Begründung

Die Stärkung der Resilienz der Justiz ist sehr wichtig, wir sollten aber auch die Stärkung der Resilienz der öffentlichen Verwaltung insgesamt klar fordern und fördern. Eine funktionierender Staat braucht eine funktionierende Verwaltung und eine funktionierende Justiz. Diese müssen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Daher diese Klarstellung als Ergänzung.

weitere Antragsteller*innen

Martin Hagen (LV Bremen); Helga Trüpel (KV Bremen-Mitte); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Kreisfrei); Sandra Stein (KV Hochsauerland); Sabrina Buurmann (KV Köln); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Mathias Schindler (KV Potsdam); Yvonne Tremmel (KV Karlsruhe); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Elisabeth Giesemann (KV Berlin-Lichtenberg); Sebastian Basedow (KV Berlin-Pankow); Julian Schollmeyer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Servatius (KV Berlin-Mitte); Marcel Hamacher (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tim Niclas Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Katharina Beck (KV Hamburg-Nord); Robert Bröder (KV Berlin-Lichtenberg); Johanna Mellentin (KV Fürstenfeldbruck); David Mohr (KV Bremen Links der Weser (LdW); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.